alhambra

zeitung und programm

september / oktober 2012

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das„NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/ Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, AStA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, Die Überflüssigen OL, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
9. Oktober 2012

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist.‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

Editorial **1**
Kurzmeldungen **2**

20 jahre rostock-lichtenhagen
„Schlimm wie die gehaust haben" – Eine Chronologie **7**
(Nicht-)Reaktionen der autonomen AntiFa-Bewegung **12**
Mannheim-Schönau 1992 **15**

Ankündigungen **17**

EDITORIAL

Wir sind ein bisschen ins Sommerloch gerutscht – ihr seht's am Umfang der Zeitung. Diesmal gibt's nur einen Schwerpunkt, welcher sich mit den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen vor 20 Jahren auseinandersetzt. Vor 20 Jahren, noch in den nationalistischen Nachwehen der „Wiedervereinigung" Deutschlands, zeigten sich in Rostock die Ausmaße des rassistischen Konsenses in Deutschland. Tausende Menschen klatschten Beifall und mampften Bratwurst, als organisierte Neonazis neben „ganz normalen" Deutschen die Zentrale Aufnahmestelle für Asylsuchende sowie einen Wohnblock vietnamesischer Vertragsarbeiter_innen mit Steinen und Molotow-Cocktails angriffen. Und der Staat – der schaute zu und profitierte. Anstatt dass es zu einer Verfolgung der Täter_innen kam, wurden die Pogrome, angeheizt von einer „das Boot ist voll" Stimmung, dazu genutzt, eine faktische Abschaffung des Asylrechts durchzusetzen. Aber lest mehr dazu im Artikel „Schlimm wie die gehaust haben" auf Seite 7. Der zweite Artikel „(Nicht-) Reaktionen der autonomen Antifabewegung" (Seite 12) setzt sich eben mit diesen auseinander und gibt einen Überblick, wie die damalige Situation von der Bewegung eingeschätzt und wahrgenommen wurde. Diesen Text abzudrucken hat bei weitem nicht das Ziel, mit dem Finger auf die Versäumnisse der damaligen Bewegung zu zeigen. Wir selbst waren zum Zeitpunkt der Pogrome noch viel zu jung, um irgendwie zu intervenieren, können und müssen uns aber auch heute die Frage stellen, wie wir wohl damals reagiert hätten. Hätten wir in dem Moment die Tragweite der Situation erkannt? Hätten wir erkannt, was für Folgen die Pogrome haben würden? Hätten wir den Mut und die Entschlossenheit gehabt, uns dem deutschen Mob in den Weg zu stellen? Wenn wir ehrlich zu uns sind, und uns nicht im Wiederkäuen verbalradikaler Parolen verlieren wollen, wissen wir es nicht.

20 Jahre danach demonstrierten mehr als 6000 Leute laut, kraftvoll und wütend gegen Alltagsrassismus und deutsche Kontinuitäten – alles andere wäre in der Situation wohl auch nicht angemessen gewesen. Dass sich in Deutschland nichts wirklich geändert hat zeigt auch der jüngste Fall in Bremen, als „ganz normale" Deutsche versuchten ihre Nachbar_innen anzuzünden.

Am 4. August haben sich in Bad Nenndorf wiedermal hunderte von Nazis getroffen, um in ihrer geschichtsrevisionistischen Betroffenheit Propaganda auf die Straße zu tragen. Anstatt in aller Würde und Ruhe trauern zu können, sahen sich die etwa 500 angereisten Neonazis mit einem gemischten Protest konfrontiert. Zwar konnte der Aufmarsch nicht verhindert, aber zumindest ordentlich verzögert werden. Dies lag an einem Zusammenspiel diverser antifaschistischer Proteste. Sie reichten von Sitzblockaden, über Ankettaktion am Bahnhof in Bad Nenndorf, zur renitenten Weigerung der örtlichen Busfahrer_innen die Nazis zum Trauermarsch zu fahren, da diese aufgrund der Blockaden nicht am Bahnhof aussteigen konnten. Das führte dazu, dass die Nazis sich zu Fuß sieben Kilometer durch die Felder schlagen mussten, um überhaupt in Bad Nenndorf anzukommen. Doch damit nicht genug. In Bad Nenndorf hatten die Anwohner_innen an der Naziroute in ihren Vorgärten Privatpartys angemeldet und somit die Route zu einer kleinen Partymeile gemacht. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, dass es ziemlich schwierig sein muss Naziopas nachzutrauern, wenn aus den Vorgärten der Schlümpfe-Soundtrack schallt, man dabei mit Konfetti beworfen und mit Seifenblasen eingedeckt wird. Wenn dann noch die jüdische Gemeinde „Hevenue Shalom Aleichem" im Takt der Nazitrommeln singt, müssten sich eigentlich alle angereisten Nazis dem lächerlichen Bild, welches sie abgeliefert haben, bewusst geworden sein. Dennoch: Auch wenn aus dem Trauermarsch eher ein Trauerspiel wurde und auch wenn entgegen der Befürchtungen dieses Jahr weit weniger Nazis nach Bad Nenndorf gekommen sind, als in den letzten Jahren – es ist und bleibt ein Naziaufmarsch und somit ein Naziaufmarsch zu viel. Und da die Nazis ihren jährlichen Trauermarsch schon bis 2030 angemeldet haben, heißt es auch nächstes Jahr: Ab nach Bad Nenndorf – auf dass wir sie stoppen.

Nicht vergessen wollen wir, dass die ALSO – die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg – dieses Jahr ihren 30sten Geburtstag feiert. Wir gratulieren der ALSO zu 30 Jahre erfolgreichem Kampf gegen Ausgrenzung, Demütigung und den Zwang zur Arbeit. Macht weiter so, auf dass ihr bald überflüssig seid!

Jetzt fällt uns nicht mal mehr ein schmissiger Schlusssatz ein...

Eure Alhambra-Redaktion

NPD-Flagschiff in einsamen Gewässern

Oldenburg Ganze zwölf Nazis schafften es am 19. Juli zur Kundgebung der NPD auf den Julius-Mosen-Platz. Als mit 20 minütiger Verspätung das sogenannte „NPD-Flaggschiff", bei welchem es sich in Wirklichkeit um einen Kleinlaster aus dem Land des französischen „Erbfeindes" handelt, mit seinem Begleitfahrzeug eintraf, wurde es schon sehnsüchtig vom Oldenburger NPD-Ratsherrn Ulrich Eigenfeld, dem Huder Jungnazi Erik Bruhn und einem weiteren Faschisten aus dem Oldenburger Raum erwartet. Die mit Hundertschaften aus Oldenburg, Braunschweig und Lüneburg angetretene Polizei hatte zuvor den Platz hermetisch abgeriegelt und sämtliche Zufahrtsstraßen gesperrt.

Die leider nur etwa 150-200 Gegendemonstrant_innen schafften es daher weder den Platz zu besetzen, noch die Anfahrt des „Flaggschiffs" (abgesehen von einer kurzzeitigen Sitzblockade) merklich zu behindern. Dennoch gelang es durch Rufe, diverse Hupen und Unmengen an Trillerpfeifen (Dank an den spendablen Laden!) die Reden der Nazis komplett zu übertönen.

Auch auf dem Platz selber kam es zu Protesten einzelner Oldenburger_innen, die trotz allem durch die Absperrungen schlüpfen konnten und ihren Unmut lauthals kund taten. Einer Person gelang e1s dabei sogar, sich kurzfristig das Mikrofon anzueignen und über die NPD-eigene Lautsprecheranlage Klartext zu reden. Nach knapp einer Stunde unverständlicher Reden war der braune Spuk dann endlich vorüber und die NPD suchte das Weite.

[regentied]

Versuchte Abschiebung aus dem Ferienlager

Hamburg Am Abend des 27. Juli überfielen ungefähr 10 Polizeibeamt_innen eine Wohnunterkunft in Hamburg-Billstedt. Sie waren mit Fotos auf der Suche nach einer siebenköpfigen Familie, um sie nach Mazedonien abzuschieben. Als sie nur den Familienvater, seine Frau und das jüngste Kind antrafen wurde klar, dass die vier Schwestern im Alter zwischen 4 und 8 nicht anwesend waren. Die Polizei stellte die Eltern vor die „Wahl", wer von ihnen beiden als erstes und allein abgeschoben werden sollte. Der Vater, der am erst 12. Juli nach einem erneuten zweiwöchigen Klinikaufenthalt wegen schwerer Depression und dem Verdacht auf eine posttraumatische Belastungsstörung entlassen worden war, nahm die Abschiebung auf sich. Um von den Eltern den Aufenthaltsort der vier Mädchen zu erpressen, riss eine Polizeibeamtin das Baby an sich und drohte, es wegzunehmen, wenn sie nicht sagen würden, wo die Kinder seien. Daraufhin gab die erschrockene Mutter der Polizei den Anmeldezettel für das Falken-Ferienlager der Kinder.

Die Ausländerbehörde nutze die erbeutete Telefonnummer um den Landesvorsitzenden der Hamburger Falken anzurufen und den Aufenthaltsort zu erfahren. Sie drohte die Kinder aus dem Ferienlager abzuholen und abzuschieben. Allein die Tatsache, dass an dem Abend keine Fähre mehr fuhr verhinderte die Abschiebung. Der Vater wurde noch am selben Abend im Rahmen einer Sammelabschiebung nach Mazedonien geflogen.

Nach wie vor plant die Ausländerbehörde auch die restliche Familie abzuschieben, die Duldung der Mutter lief nur bis zum 31. Juli.

Rassistischer Brandanschlag in Bremen-Woltmershausen

Bremen Etwa 600 Menschen demonstrierten am 3. August in der Bremer Neustadt gegen Rassismus. Sie zeigten sich solidarisch mit einer Familie in Woltmershausen, deren Haus vor einer Woche Ziel eines rassistischen Brandanschlages war. Unter dem Motto „Aufklären statt Vertuschen" zog die Demo vom Delmemarkt in Richtung Innenstadt.

„Omuz omuza, Schulter an Schulter", war eine der Parolen – auf deutsch und türkisch wurde auch eine Schilderung des Anschlags verlesen: Mindestens vier Täter_innen hatten in der Nacht zu Samstag, dem 28. Juli, vor dem Haus der

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

aus der Türkei stammen den Familie rassistische Parolen gerufen, Feuer vor der Haustür gelegt und deren Scheibe eingeschlagen. Die Beschuldigten kommen aus der unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Polizei nahm die Täter_innen vorläufig fest. Nachdem diese nach drei Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, baten die Betroffenen um Polizeischutz. Dieser wurde jedoch verwehrt. Die einzige Reaktion der Beamten war die Aussage, sie „sollten sich doch einen Eimer Wasser neben die Tür stellen".

Auch informierte die Polizei die Öffentlichkeit nicht. Erst nachdem der Anwalt der betroffenen Familie den Weser-Kurier über den Anschlag in Kenntnis setzte, veröffentlichte die Polizei eine Pressemitteilung. Es ist offensichtlich, dass die Polizei versucht, das Ereignis als „Streit unter Nachbarn" abzutun und herunterzuspielen. Ähnlich wie vor vier Monaten bei einem rechten Übergriff in einer Kneipe in Bahnhofsnähe.

Die Situation der betroffenen Familie ist nach ihren Aussagen auch deshalb besonders bedrohlich, weil sich die Mehrheit der Nachbarschaft nicht solidarisch mit ihnen zeigt. Im Gegenteil. Teile der Bewohner_innen der Reihenhaussiedlung brachten offen ihre Sympathie für die Tat zum Ausdruck.

„Es ist erschreckend, dass es für die Leute nur ein paar Bier braucht, um ihren Rassismus zu zeigen", sagte einer der Demo-Organisator_innen. Dass der Anschlag in der Öffentlichkeit als rassistisch wahrgenommen werde, sei gut, aber: „Man darf nicht nur kurz betroffen sein und ansonsten an den rassistischen Strukturen mitstricken."

Das Asylbewerberleistungsgesetz ist verfassungswidrig

Karlsruhe Am 18. Juli erklärte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) das seit 1993 gültige Asylbewerberleistungsgesetz (AsybLG) für verfassungswidrig. Nach dem Urteil seien die Leistungen, die an Asylbewerber_innen und sogenannte Geduldete in der BRD gezahlt werden, als nicht existenzsichernd. Die Bundesregierung ist nun verpflichtet, „unverzüglich" eine Neufassung des AsylbLG zu erarbeiten. Ferner setzt das BVerfG mit sofortiger Wirkung eine Übergangsregelung in Kraft, da „die fortdauernde Anwendung der verfassungswidrigen Normen [...] angesichts der existenzsichernden Bedeutung der Grundleistungen nicht hinnehmbar" ist. Weiterhin stellt das BVerfG fest, dass die Leistungen nicht unter „das physische und soziokulturelle Existenzminimum" abgesenkt werden dürfen, „um

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Anreize für Wanderungsbewegungen [...] zu vermeiden". Ausdrücklich formuliert das Bundesverfassungsgericht: „Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren." Wie die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu den Leistungen für Geflüchtete nach dem AsylbLG in den einzelnen Bundesländern aussehen wird, ist bislang noch nicht klar, denn das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat noch keine bundesweit einheitliche Umsetzung des Urteils erarbeitet. In Niedersachsen werden die Leistungen vorerst weiterhin zu einem Großteil (die Leitungen, die zur Deckung des physischen Existenzminimums dienen) in Gutscheinen ausgezahlt. Darauf hat Niedersächsische Innenministerium die Kommunen hingewiesen und bekräftigt, dass diese in den landeseigenen Lagern (Braunschweig, Bramsche-Hesepe und Friedland) in Form von Sachleistungen erbracht werden. Nur die Leistungen zur Deckung des soziokulturellen Minimums werden als Geldleistungen ausgezahlt.

The Voice Refugee Forum lehnt die Entscheidung des BverfG ab, „weil sie geeignet ist und darauf abzielt:

- den Hass gegenüber Flüchtenden in der deutschen Gesellschaft weiter zu vertiefen!
- die Einheit der kämpfenden Flüchtlinge und ihren echten Unterstützern zu brechen!
- einige der Apparate des deutschen Staates im Angesicht der Menschlichkeit erscheinen zu lassen, der dieser in keiner Weise gerecht werden!
- die Firmen, die Sachleistungen für Lebensmittel an die Flüchtlinge liefern zu bereichern!

Wir lehnen diese geschönte Repression ab, weil wir wissen, dass die Flüchtenden und MigrantInnen auf eine andere Art und Weise schmerzlich dafür bezahlen werden müssen.

Unser konkreter Kampf richtet sich gegen die grausame Politik von Abschiebung, Ghettoisierung und Kriminalisierung von Flüchtenden, da diese der wesentlichste Bestandteil der Strukturen für deren Illegalisierung und Verfolgung ist."

„Lieber im Zelt als im Lager!" – Refugee Strikes in vielen Orten

Schland, Türkei, Bulgarien Aktuell (Mitte August) befinden sich Asylsuchende in Würzburg, Aub, Bamberg, Düsseldorf, Regensburg, Berlin, Passau und Nürnberg sowie temporär auch in Osnabrück im Streik gegen die bestehenden Asylgesetze und die menschenverachtenden Verhältnisse, denen sie ausgesetzt sind. Sie wehren sich aus einem eigenständigen Denk- und Erkenntnisprozess heraus gegen diese Bedingungen und organisieren sich selbst. Der Kampf begann vor über fünf Monaten am 19. März in Würzburg (wir berichteten in der letzten Ausgabe) und hat sich nun auf neun Städte in vier Bundesländern ausgeweitet. Es ist davon auszugehen, dass der Kampf sich auf weitere Orte ausweiten wird. Eine größere Zahl der protestierenden Geflüchteten war seitdem temporär in den Hungerstreik getreten.

Bei einem Treffen des Koordinationskomitees der protestierenden Asylsuchende in Deutschland und der unterstützenden Gruppen Anfang August in Frankfurt/Main wurde beschlossen am 8. September 2012 einen Protestmarsch von Würzburg über zwei Routen zu Fuß und mit dem Bus nach Berlin zu starten, der das Ziel verfolgt die protestierenden Geflüchteten in der Hauptstadt zusammenzuführen. Für diese Protestaktion, die Anfang Oktober Berlin erreichen soll, wird bundesweit mobilisiert, um die Isolation zu brechen, gegen Abschiebungen und Lager, für die Schließung aller Heime und für die Abschaffung des Arbeitsverbots und der Residenzpflicht in ganz Deutschland zu kämpfen.

Darüber hinaus sind vier kurdische Geflüchtete (aus dem Iran) vor dem UN-Gebäude in Ankara (Türkei) am 14. August in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie haben vor zwei bis neun Jahren Anträge auf Asyl gestellt. Ihre Asylanträge wurden zwar schon vor längerer Zeit bewilligt, aber sie wurden bisher vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) keinem Drittland zugewiesen, was eigentlich seine Aufgabe wäre. Um der Forderung einem Drittland zugewiesen zu werden Nachdruck zu verleihen, sind

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

die vier Geflüchteten in den unbefristeten Hungerstreik getreten.

Überdies befinden sich im Abschiebegefängnis in der bulgarischen Kleinstadt Lyubimets, an der türkisch-griechischen Grenze, mehrere Geflüchtete im Hungerstreik. Sie protestieren gegen die Situation in diesem Abschiebegefängnis, das sie seit ihrer Ankunft nicht verlassen dürfen. In Bulgarien ist es die Regel, dass Geflüchtete zunächst auf unbestimmte Zeit inhaftiert werden. Die protestierenden Asylsuchenden kommen aus Syrien und dem Irak, darunter auch zwei Minderjährige. Ihre Zahl stieg seit dem Beginn des Hungerstreiks von 14 auf 25 Personen. Durch die Wärter_innen des Gefängnisses erfahren die Protestierenden Repression und Drohungen. So wird ihnen beispielsweise damit gedroht, dass sie keinen Flüchtlingsstatus erhalten, wenn sie den Streik nicht beenden würden und sie nicht in ein sogenanntes offenes Flüchtlingslager verlegt werden.

Wir erklären uns mit Euch – allen kämpfenden Geflüchteten – solidarisch und wünschen Euch viel Kraft und Erfolg!

Weitere Informationen findet ihr auf der gemeinsamen Website des Koordinationskomitees der protestierenden Geflüchteten in Deutschland: refugeetentaction.net

Kreiswehrresatzamt mit Parolen verschönert

In der Nacht zum Samstag, den 11.08.2012 auf den 12.08.2012, haben wir das Kreiswehrersatzamtsgebäude mit zahlreichen gesprühten Parolen verschönert.

So bezichtigen wir in tuchoskyischer Tradition Soldat_innen als Mörder_innen um den militärischen Verantwortlichen Oldenburg weiterhin klar zu machen, dass wir einen militärischen Normalzustand, in dem Soldat_innen nicht mehr als Mörder_innen für imperialistische Interessen, sondern als ein normaler Teil der Gesellschaft wahrgenommen werden, niemals akzeptieren werden!

Denn nichts anderes sind Soldat_innen! Mörder_innen für imperialistische Interessen, was der damalige Bundespräsident Horst Köhler ja auch unumwunden so formulierte:

„Eine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen."

Weiterhin dulden wir auch nicht die Anwerbung von neuen jungen Soldat_Innen für die Bundeswehr. Aus diesem Grund bezog sich unsere Verschönerung auf das Kreiswehrersatzamt, deren Hauptaufgabe es ist die nächste Generation von Mörder_Innen, die auch bereitwillig für ihr „Vaterland" sterben würden, mit Lügen anzuwerben.

Daher gilt es in Oldenburg und überall der fortlaufenden Militarisierung der Gesellschaft entgegen zu treten und Soldat_innen als das zu brandmarken was sie sind: Mörder_innen für imperialistische Interessen!

-RDI- (Radikal demokratische Initiative)

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

»SCHLIMM WIE DIE GEHAUST HABEN«

Tausende Menschen beteiligten sich im August 1992 an den rassistischen Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen. Fünf Tage lang dauerte die Gewaltorgie, ohne dass Polizei oder Politik eingriffen. Wenige Ereignisse der frühen 1990er Jahre verdeutlichen so offensichtlich die rassistische Stimmung jener Zeit, die sich in Gewalttaten, Übergriffen und Morden äußerte.

Eine Fahrschule, ein Telefonanbieter, ein Heimeinrichtungsfachmarkt. Schön ordentlich ist es vor dem Haus mit dem großen Sonnenblumenmosaik. Schön ist der Rostocker Stadtteil Lichtenhagen in die Dienstleistungs- und Warenwelt eingebunden. »Nach der Wende wurden diese Geschäfte und die anderen Läden eröffnet«, sagt eine Rentnerin. Seit über 35 Jahren lebt sie mit ihrem Mann in der längst sanierten Platten- bausiedlung. Nach der Wende? »Ja, ja«, sagt ihr Mann. »Die Lebensmittelketten dahinter auch erst«, betont der Rentner. Gleich nach 1989? »Ja, glauben Sie es mal«, schiebt die Frau nach. Am 22. August 1992 standen hier aber noch keine Läden, sondern Neonazis und Nachbarn mit Bier und Molotow-Cocktails.

Spurensuche

Vor 20 Jahren griff ein Mob in der mecklenburg-vorpommerischen Stadt über mehrere Tage hinweg die »Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber« (ZASt) und ein Wohnhaus mit Vietnamesinnen in der Mecklenburger Allee 18 und 19 an. Eine Volksfeststimmung herrschte auf der Wiese, als Phuong Kollath mit ihren Mitbewohnerinnen um ihr Leben bangte. »Das Feuer, der Rauch erinnerte mich an den Vietnamkrieg, den ich als Kind erlebt hatte«, sagte sie Jahre später gegenüber Spiegel-TV. Kein Hinweis, keine Gedenktafel zu den Ereignissen findet sich in dem elfstöckigen Plattenbau. »Ist doch lange her, damit haben wir doch nichts zu tun«, wiegelt ein junges Pärchen am Mittag beim Eisessen an einer Eisdiele im Sonnenschein ab. Über jene Tage möchten Anwohnerinnen nicht so gerne reden. »Schlimm muss es gewesen sein«, sagt eine Frau mit Kind, bevor sie schnell in das Geschäft einer Lebensmittelkette verschwindet. Ein Mann, ein Bier in der Hand, raunzt: »Ich war dabei, und? Dann waren die endlich weg.« »Ach, das meinen Sie«, sagt die Rentnerin. »Da hatte es gebrannt«, erinnert sich ihr Mann und zeigt auf das Haus mit der Sonnenblume. »Aber glauben Sie mal nicht, was die Presse da so alles schrieb. Wir waren da, wir wissen, wie es war«, sagt er weiter. Seine Frau

stimmt ihm zu, um gleich anderes zu sagen: »Vor der Wende mussten wir 100 Mark Miete zahlen, heute über 600 Euro und nichts wurde in der Wohnung gemacht. Der Arzt war früher kostenlos, jetzt müssen wir immer zahlen.« Erst ein diskretes mehrfaches Nachfassen bewegt das Rentnerpaar, »das« noch etwas zu erläutern. »Da war was los, schlimm, wie die vor dem Haus gehaust haben«, sagt er, und sie meint: »Erst waren die Kubaner da, dann die Vietnamesen, nun die Türken. Seitdem nur noch Mord und Raub.«

»Fahrt nicht rein«

Von der Innenstadt ist man über die Stadtautobahn schnell in Lichtenhagen. Am Abend des 22. August 1992, einem Samstag, fährt Andreas Meyer mit mehreren Leuten diese Strecke. »Wir wollten den Betroffenen der Angriffe helfen, das beenden, uns dem entgegenstellen - wie naiv. Wir hatten die Größenordnung unterschätzt«, sagt Meyer, der damals 19 Jahre alt war. Einer, der vorgefahren ist, winkt sie zuvor am Straßenrand raus: »Der war ganz aufgelöst und meinte: Fahrt nicht rein, da kommt ihr nicht lebend raus.«

Seit 1990 bestand in dem Wohnblock die ZASt, bei der die Flüchtlinge ein mehrtägiges Registrierverfahren über sich ergehen lassen mussten. Im August 1992 waren die Räume völlig überfüllt und es fehlte an Personal. Rund 200 Flüchtlinge mussten ausharren. In ihrer Not lebten die Betroffenen, überwiegend Sinti und Roma, auf der Wiese, campierten tagelang im Dreck ohne lebensnotwendige Versorgung und sanitäre Anlagen. Einige krochen unter die Balkone in den Erdgeschossen des Häuserblocks. Im Stadtteil kam aber kein Mitleid auf. »Über die Ferkel, Drecksäue, die überall hinscheißen und pissen, wurde geschimpft«, erinnert sich Meyer. »Jetzt kommen auch noch die Zigeuner«, hieß es. In der Lokalpresse beschwerten sich zwei Wochen vorher Anwohnerinnen über »die«. Die zuständigen Behörden reagierten nicht. Die örtliche Politik auch nicht. Schon an dem Nachmittag jenes Samstags im August 1992 beginnen Neonazis und Nachbarinnen, die vor der ZASt im Freien ohne Versorgung ausharrenden Flüchtlinge anzupöbeln und zu schlagen. Mehr als 400 Menschen rotten sich zunächst auf der Wiese zusammen. Ein Polizist wird vermöbelt, ein Polizeiwagen angezündet. Aus ganz Rostock fahren Neonazis, »rechte Hooligans« nennt Meyer sie, in den Stadtteil. »Auf der Stadtautobahn hielten bewaffnete Neonazis Autos an, um zu schauen, wer drinnen sitzt.« Die Situation für die Flüchtlinge wird immer bedrohlicher.

Steine und Molotow-Cocktails

Am Samstag kommen immer mehr normale Anwohnerinnen und offenkundige Rechte, um ihren »Unmut« laut kundzutun. »Wenn man die erste Phase des späteren Pogroms mit dem Wort >Unmut< überhaupt erfassen kann«, überlegt Meyer. Es wird gesoffen und gegrölt. In der Nacht zu Sonntag, dem 23. August, eskaliert die Situation. Überwiegend junge Rostockerlnnen umzingeln den Plattenbau mit der Sonnenblume. Aufgestauter Hass auf die Ausländerinnen und Wut über die Auswirkungen der Wende brachen damals aus, glaubt Meyer. »Jetzt zeigen wir es den Ausländern mal, jetzt zeigen wir es Bonn, jetzt zeigen wir es Schwerin. Jetzt sind wir endlich wieder wer«, so war der Mob drauf, denkt Meyer, der seitdem in der antifaschistischen Szene mitwirkt. Unter Applaus der Nachbarinnen fliegen, als es dunkler wird, die ersten Steine auf die Flüchtlinge, werden die Fensterscheiben eingeschmissen. Bis in die Morgenstunden schleudern Neonazis Molotow-Cocktails gegen das Gebäude. Die Anwohnerinnen applaudieren nur. Einer, so berichtete ein Reporter des »Sterns« damals, habe ihn stolz auf die Beteiligung seines Sohnes bei den Angriffen hingewiesen: »Der hängt sich richtig rein, um die Ausländer fertig zu machen.« Die Einsatzleitung der Polizei scheint völlig überfordert. Erst drei Stunden, nachdem die ersten Brandsätze geflogen sind, werden Wasserwerfer eingesetzt, 18 Stunden später wird Verstärkung gerufen. Die Polizei lässt dazwischen den Mob allein weitermachen.

Magnet für die Neonaziszene

Am Mittag des 23. Augusts rottet sich die Meute vor der Wiese wieder zusammen. Spätestens jetzt sind Neonazis aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit dabei. »Das Event war ein Magnet für die Neonaziszene«, sagt Meyer. Ab Montag hätten die Kader die Impulse gegeben und das Know-how für die fol-

genden Angriffe auf Polizei und Flüchtlinge mitgebracht. In den Tagen zuvor waren auch fast 100.000 Flugblätter einer Aktion »Rostock bleibt deutsch« verteilt worden. Unter der Überschrift »Widerstand gegen die Ausländerflut« hieß es: »Heute haben wir sechs Millionen. Sie nennen sich Einwanderer und erzählen uns, Deutschland gehört jetzt ihnen.« Verantwortlich für die Aktion: Michael Andrejewski, heute in zweiter Legislaturperiode NPD-Landtagsabgeordneter in Schwerin. Im Deutschlandradio erklärte er 2007 zum Flugblatt ausweichend: »Da wird kein Bezug genommen auf dieses Asylbewerberheim, es wird nur generell von Ausländern gesprochen, es wird zur Gründung einer Bürgerinitiative aufgerufen.«

Angriff auf das Wohnhaus der VietnamesInnen

Am Sonntag senden Fernsehsender live die Bilder von der grölenden Menge. Erst am dritten Tag, am Montag dem 24. August, werden die Flüchtlinge unter starkem Polizeischutz evakuiert. Über 3.000 Menschen sind vor dem Sonnenblumenhaus in Volksfeststimmung. Trotz des sich feiernden Mobs rückt die Polizei ab. In der Nacht wird aus der Menge heraus der Plattenbau Mecklenburger Allee 19 angegriffen. Hier leben rund 150 Vietnamesinnen. Unter »Zugabe, Zugabe«-Rufen fliegen wieder Brandsätze. Die Notausgänge zum Nachbarhaus hatten Nachbarinnen verrammelt, mit Ketten verschlossen, berichteten später Thomas Eutin und Jochen Schmidt, die für das ZDF in dem Wohnheim waren. Eutin schreibt seiner Frau einen Abschiedsbrief. Er notiert: »Man will verhindern, dass diese lästigen Ausländer rüberkommen könnten.« Bei den Menschen aus Vietnam sind auch Antifaschistlnnen. »Wir waren am Samstag fast paralysiert, diese Mobstimmung hatten wir nicht erwartet, dann organisierten wir uns, gingen eben auch zum Wohnheim, um Schutz leisten zu können«, sagt Meyer. Früh morgens huschen sie schnell unbemerkt ins Haus. Mit Hilfe von Antifa-Kalendern rufen sie Gruppen an, eine Mobilisierung ohne Handy und Internet. Im Stadtteil werden später Neonazis angegriffen. »An der ganzen Situation änderte es nichts«, sagt Meyer. Ein Molotow-Cocktail nach dem nächsten fliegt, Wohnungen und Balkone brennen. Mit Äxten und Baseballkeulen stürmen Randalierer das Gebäude, Benzin für die Brandsätze wird kanisterweise herangeholt. Die Feuerwehr wird über Stunden gehindert, zu löschen. Stockwerk für Stockwerk flüchten die Flüchtlinge, Journalistinnen und Antifaschistln- nen nach oben. »Wir versuchten, aufs Dach zu kommen. Das war verschlossen. Das waren sehr schlimme Minuten«, berichteten Eutin und Schmidt. Später gelingt es den Eingeschlossenen, das Dach zu erreichen. Gebückt können sie sich über ein Nachbarhaus retten. Eine Anwohnerin hilft ihnen. »Die Evakuierung der Flüchtlinge am Tag zuvor hat den Mob ermutigt«, glaubt Meyer.

Kontext: Asyldebatte

»Bis heute ist die Rolle der Politik bei den Angriffen und der Zusammenhang mit der Asyldebatte nicht aufgearbeitet worden«, sagt Stefan Ahorn, der in der Bildungsarbeit aktiv ist. Von bloßen Pannen der Zuständigen will der damals 18-Jährige nicht reden. Der Situation wurde die Möglichkeit zur Eskalation gegeben, mit der Intention, die damals heftige Asyldebatte zu befeuern, meint Ahorn. Mit dieser Meinung ist er nicht alleine. Jochen Schmidt wirft in seinem Buch »Politische Brandstifter« der Politik vor, die Krawalle inszeniert zu haben: »Rostock-Lichtenhagen war eine kontrollierte Eskalation des Volkszorns mit dem Ziel, die SPD zum Einlenken in der Asylfrage zu zwingen.« Keine Verschwörungsidee: Anfang der 1990er Jahre herrschte in Medien und Politik ein heftiger Streit über die Asylgesetzgebung. Schon vorher sprachen CDU und CSU immer mehr von »Wirtschaftsflüchtlingen« und »Asylbetrügern«. Nicht ohne Erfolg, von dem vor allem die extrem rechte Szene profitierte. Die Republikaner (REP) zogen ab 1989 mit über sieben Prozent in Landesparlamente und ins Europarlament. Ihr Plakat »Das Boot ist voll«, auf dem ein Schiff »Arche Deutschland« mit Flüchtlingen überfüllt ist, wurde von ihnen ergänzt mit »bitte Original wählen«. In Lichtenhagen, weiß Ahorn noch, hing das REP-Plakat, »obwohl gar kein Wahlkampf war«. Im Jahr 1992 suchten über 440.000 Menschen in Deutschland Asyl - ein Höhepunkt der Entwicklung, der auch durch den Bürgerkrieg im früheren Jugoslawien bedingt war. Dass nicht einmal fünf Prozent der Flüchtlinge Asyl erhielten, beschwichtigte die Debatte nicht. Im Gegenteil, Edmund Sto-

iber (CSU), damals bayerischer Ministerpräsident, drohte der CDU, falls sie wie SPD und Grüne das Grundrecht auf politisches Asyl nicht ändern wolle, mit dem »Ende der Einheit der Union«.

In den Medien verdichtete sich nicht bloß bei »Bild« und »Welt am Sonntag« die Kritik am Grundrecht. Am 9. September 1991 titelte der »Spiegel«: »Ansturm der Armen. Flüchtlinge - Aussiedler - Asylanten«. Auf dem Cover war neben der Überschrift ein Schiff mit schwarz-rot-golde- nem Rumpf abgebildet, vom Zustrom bedroht. Eine Assoziation an das REP-Plakat »Das Boot ist voll« drängte sich auf. Am 19. April 1992 titelte der Spiegel erneut gegen das Grundrecht. Das Cover zierten die Aussagen »Asyl. Die Politiker versagen« und die Bildmontage von einem Sturm vermeintlich südländischer Menschen, die durch ein von deutschen Beamten bewachtes Eisentor drängen.

Übergriffe und Morde

Auch einen anderen Erfolg konnte die extrem rechte Szene in diesen Jahren feiern. Parallel zu der Debatte stiegen die Übergriffe auf Menschen mit Migrationshintergrund und Angriffe auf Unterbringungen für Flüchtlinge an. Nicht bloß in Rostock-Lichtenhagen applaudierten die ganz gewöhnlichen Deutschen den tatkräftigen Deutschen zu. Vor dem Pogrom in Rostock, erzählt Ahorn, wären in seinem damaligen Wohnort Angriffe auf das Flüchtlingsheim üblich gewesen. Über CB-Funk hätten die Neonazis die Angriffe koordiniert. »Oft übernachteten wir bei den Betroffenen, nicht nur einen Angriff wehrten wir zusammen ab«, sagt Ahorn, der selbst von einem Neonazi zusammengeschlagen wurde. »Ich dachte, das war's, als ich zu Boden ging und die Tritte nicht aufhörten.« Keine zwei Wochen nach den Pogromen in Lichtenhagen erfolgten laut »Spiegel« allein vom 5. bis zum 11. September 1992 über 40 Angriffe gegen Ausländerinnen und ihre Unterkünfte - von Brandanschlägen bis zu schweren Ausschreitungen. Am 23. November jenen Jahres zündeten Neonazis in Mölln zwei von türkischen Menschen bewohnte Häuser an, die zehn- und vierzehnjährigen Mädchen Yeliz Arslan und Ayse Yilmaz sowie ihre 51-jährige Großmutter Bahide Arslan starben in den Flammen. Von 1990 bis 1992 töteten rechtsmotivierte Täter allein 41 Menschen. Die Morde lösten eine breite gesellschaftliche Betroffenheit aus. Mit Lichterketten protestierten mehrere Tausend Menschen gegen »Fremdenhass, Rechtsradikalismus und Antisemitismus«. Zeichen, die aber die Tonlage in der Asyldebatte kaum beeinflussten.

Abschaffung des Asylrechts

Am 25. August erklärte der damalige Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, Bernd Seite: »Die Vorfälle der vergangenen Tagen machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asyl rechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird.« Zu der lebensbedrohlichen Situation der Betroffenen sagte der CDU-Politiker nichts. Die Reaktion ist für Jochen Schmidt ein Indiz von vielen, dass nichts ein Zufall war. »Die geschaffene Situation war für die Neonazis eine ideale Gemengelage - ein Elfmeter von der Politik, den sie verwandelten«, sagt Meyer. Ahorn führt weiter aus: »Und die Politik nutzte die rassistischen Ausschreitungen.« Noch während der Ausschreitungen nahm die SPD ihr Nein zur Änderung des Grundrechts auf Asyl zurück. Am 6. Dezember 1992 stimmten im Bundestag CDU, CSU, FDP und SPD für einen Asylkompromiss, mit dem das individuelle Grundrecht auf Asyl abgeschafft wurde.

Feindselig empfangen

»Nie wieder Deutschland« - die Kritik der radikalen Linken an dem nationalistischen Wiedervereinigungstaumel materialisierte sich. »Deutschland halt's Maul«, wurde wieder zur Parole. Am 29. August 1992 demonstrierten rund 15.000 Menschen gegen die Ausschreitungen in Rostock. »Eine unglaubliche Medienhetze begann, jetzt kommen die linken Chaoten, hieß es«, sagt Meyer. An dem Samstag ging freilich, was Tage zuvor nicht möglich gewesen war. Kurzfristig hatte die Polizei offiziell 3.000 Beamtinnen im Einsatz, alle Zufahrtswege nach Rostock waren gesperrt, der Bahnverkehr eingestellt. Mit Hubschraubern wurden Polizeitrupps abgesetzt um Demonstrantinnen anzugehen. Tausende Menschen kesselten die Beamtinnen ein. »Wir wurden äußert feindselig empfangen«, sagt Ahorn. An diese Demonstration kann sich das Rentnerpaar auch erinnern. »Was da für Leute kamen«, sagt die Frau ablehnend und kopfschüttelnd.

geklaut aus: der rechte rand nr. 137

Wie die Polizei und die Öffentlichkeit in Rostock und darüber hinaus, wussten auch Antifas schon früh, dass am Wochenende etwas passieren würde. So hatte es beispielsweise bereits am 18. August Drohanrufe bei Zeitungen gegeben, die Angriffe auf die ZASt ankündigten. Antifaschist_innen aus Rostock baten daher schon früh verschiedene Städte um Hilfe, um in den erwarteten Zusammenstößen nicht allein dazustehen.

Direkte Interventionen

Zentrale Treffpunkte für anreisende Antifas wurden das Jugend Alternativ Zentrum (JAZ) und die zu diesem Zeitpunkt etwa acht besetzten Häuser in der Stadt. Die dort Versammelten waren sich jedoch uneinig, wie vorzugehen sei. Verlangten einige eine sofortige und direkte Intervention, warnten andere davor, dass dies angesichts der Kräfteverhältnisse zu gefährlich sei. Trotz dieser Unschlüssigkeit wurde mehrmals versucht, aktiv zu werden.

So gelang es z.B. einer Spontandemonstration in der Nacht auf Sonntag den 23. August vor die ZASt zu laufen und die noch anwesenden Neonazis zu vertreiben.[1]

Doch dies blieb nur ein kurzes Aufflackern effektiver Gegenwehr. Obwohl die in Rostock nur schwach aufgestellte Polizei Dutzende Verletzte durch den rechten Mob verzeichnete, ging sie rigoros gegen die sich sammelnden Antifaschist_innen vor. Viele Teilnehmer_innen der Spontandemonstration wurden festgenommen. In den Medien war daraufhin teilweise die Rede von rechten wie linken »Krawallmachern«.[2]

Auch noch Tage später wurde gegen Linke, die in Polizei-Kontrollen gerieten, weit härter vorgegangen als gegen Neonazis: Eine Gruppe von Berliner Antifas, die mit drei Autos in der Nacht auf den 26. August in Rostock Patrouille fuhren, um weitere Übergriffe angesichts der völlig untätigen Polizei zu verhindern, wurde nach einer Kontrolle festgenommen. Diese sperrte sie für zwei Tage in eine zu einem Gefängnis umfunktionierte Turnhalle, zusammen mit 35 Neonazis. »In der Halle befand sich immer eine etwa gleichgroße bis etwas größere Gruppe von Faschisten, die aber heterogen wirkte. Provokationen wurden beantwortet« beschrieb die Gruppe die Atmosphäre.[3] Während von den verhafteten Neonazis alle bis auf einen, der einen Polizisten mit einem Messer angegriffen hatte, schnell wieder entlassen wurden, bekamen die Antifas Anzeigen wegen schwerem Landfriedensbruch. Sieben blieben in Untersuchungshaft.

Dennoch gelang es im Laufe des Wochenendes verschiedenen kleineren Gruppen von Antifas, sich in der Nähe der ZASt aufzuhalten, um bei günstiger Gelegenheit zu handeln: »Wir haben am 23.8. während des Pogroms in Rostock den von Rechtsradikalen genutzten Jugendclub »MAX« in Rostock-Lichtenhagen abgefackelt« bekannte sich so z.B. nachträglich eine Antifa-Gruppe. »Trotz der Anwesenheit von Hunderten von Neofaschisten, des rassistischen Mobs und etlicher Bullen war die Durchführung der Aktion problemlos, da wir in dem Gewühl nicht auffielen. [...] Wir sehen weder für uns noch für alle anderen Antifaschistlnnen einen Grund, sich deshalb auf die eigenen Schultern zu klopfen«[4] bemerkten die Verfasser_innen selbstkritisch zum Abschluss.

Andere Antifas gingen direkt gegen Neonazis vor: »In Rostock drehen die Nazis auf und versuchen Menschen zu töten. [...] Was wir tun können, ist, uns welche von den Schweinen auf dem Hin- oder Rückweg vorzuknöpfen. Da wir gut getarnt sind, können wir sie einfach fragen, ob's Spaß macht da vorne - wenn sie »ja« sagen, schnappen wir sie uns«.[5]

An der Gesamtlage konnte dies freilich nichts ändern: Der rassistische Mob konnte tagelang frei agieren, an einem Imbiss, der die selten günstige Geschäftsgelegenheit gewittert hatte, wurde sich mit Würstchen und Bier versorgt, bevor man mit dem nächsten Angriff begann. »Es waren mehrere tausend »Schaulustige« und ca. 500 Aktive. [...] Die Faschos konnten ungestört, zum Teil unter den Augen von Zivilpolizei, Mollies basteln - die Flaschen dazu kamen aus einem Glascontainer - sich auf der Straße und dem Parkplatz sammeln und gemeinsam angreifen. [...] Ein Teil der Aktiven war sichtbar organisiert, als Faschisten und feste Gruppe kenntlich, nach Beobachtung anderer z.T. von auswärts. Der größere Teil waren Menschen aus Lichtenhagen oder Umgebung, wie auch unter den Schaulustigen nach unserem Eindruck fast ausschließlich Leute aus der direkten Umgebung waren.«[6]

Die Demonstration

Während der Tage des Pogroms waren nur wenige hundert Antifaschist_innen in Rostock, obwohl es bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte. Früh wurde jedoch für eine große Demonstration mobilisiert. Auf dieser protestierten dann, eine Woche nach den Angriffen, 15-20.000 Menschen gegen die Geschehnisse, die Medienhetze über angebliche »Asylbetrüger« und für Solidarität

(NICHT) - REAKTIONEN DER AUTONOMEN ANTIFA BEWEGUNG

mit den Angegriffenen. Trotz dieser, nach heutigen Maßstäben großen und schnell organisierten Veranstaltung, waren die Diskussionen innerhalb der antifaschistischen Szene in den Wochen danach hart und selbstkritisch: »Wir fragen uns heute, wo die Antifa in den Tagen vom 22. bis 27. August 1992 gesteckt hat. An der bundesweiten »Stoppt die Pogrome«- Demo haben bestimmt mehrere tausend Leute teilgenommen. Diese Demo kommt viel zu spät!!« kritisierte so z.B. eine Gruppe. Bemängelt wurde ein »Nicht-Verhalten« und dass man die Pogrome selber hätte »aktiv stoppen müssen«.[7] Während einige aus der Demonstrationsvorbereitung den ruhigen Verlauf der Veranstaltung lobten, weil man so den Medien nicht die gewünschten Bilder von linken Chaoten geliefert habe[8], wurde gerade dies von anderen als größte Schwachstelle kritisiert: Die Antifa hätte die Gelegenheit nutzen sollen, die Neonaziszene offensiv einzuschüchtern, wenn schon die Polizei und damit die Angst vor staatlicher Verfolgung völlig ausgefallen war.[9] Eine zielgerichtete Militanz auf der Demonstration wäre für einige das richtige Signal gewesen: »Lichtenhagen hätte nicht >brennen< sollen. Nicht die Wohnungen der Bürger, nicht ihre Autos. Aber zumindest jener Kiosk >happi happi bei appi<, der ja nichts anderes war, als die logistische Basis des Mobs [...] wäre lohnendes Angriffsobjekt gewesen« bemerkte eine Gruppe.[10]

Auch über die Frage, ob man an die Vernunft der Lichtenhagener Bevölkerung appellieren solle, die ihre Wut über soziale Missstände nur an den Falschen ausließen, oder ob diese als überzeugte Rassistinnen zu gelten hätten, bei denen jegliches Argument überflüssig sei, spaltete nachhaltig die Szene.

Historische Stunde der Verantwortung verpasst

Das Pogrom von Rostock traf die antifaschistische Szene nicht unvorbereitet. Die zahlreichen Überfälle von Neonazis seit 1990 hatten die neue Gefahr deutlich gezeigt und bereits vor dem Pogrom war bekannt gewesen, dass an diesem Wochenende etwas passieren würde. Aus den Erfahrungen von Hoyerswerda 1991 hätte man wissen können, dass tagelange Pogrome im wiedervereinigten Deutschland zum Aktionsrepertoire der Neonaziszene gehörten und sie auf zahlreiche Sympathisantinnen zählen konnten.

Zu den gängigsten Parolen innerhalb der antifaschistischen Bewegung der damaligen Zeit gehörten »Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren« und »Staat und Nazis Hand in Hand - organisiert den Widerstand«. Als die Stunde gekommen war, diese Sätze in die Tat umzusetzen, entpuppten sie sich größtenteils als Phrasen. Nur einige wenige Antifaschist_innen setzten sich in die Autos und fuhren nach Rostock.

Noch nie in ihrer Geschichte stand die autonome antifaschistische Bewegung in einer ähnlichen Situation, in der sie für einen kurzen Moment in den Lauf der Geschichte hätte eingreifen können. Dieser Augenblick war in Rostock-Lichtenhagen am 22. August 1992 - und er verstrich ungenutzt.

Im AIB 41 schrieben wir:

»Seit Jahren hatte man mit moralischen Argumenten Zivilcourage eingefordert, den schweigenden AugenzeugInnen etwa des 9. November 1938 zu Recht vorgeworfen, durch ihr Zuschauen mitschuldig zu sein. Nun selbst in eine vergleichbare Situation geraten, war die Angst um den eigenen weißen Hintern offenbar größer. Den moralischen Ansprüchen entsprach kein Bewusstsein darüber, wie man sich in der konkreten Situation selbst zu verhalten habe. Weder hatten wir uns selbst als Faktor der Geschichte ernst genommen, noch hatten wir uns ernsthaft klar gemacht, dass in solchen Situationen im Zweifel auch Gefahr für unser eigenes Wohlergehen bestehen kann. [...] Ich bin auch nach wie vor der Überzeugung, dass wir echte Chancen hatten, den Mob zu verscheuchen [...] Für die Zukunft müssen wir die Lehre ziehen. Statt stets und überall verbal mit radikalen Parolen um uns zu werfen, statt in jedem Einzelereignis die Nagelprobe zu wittern, müssen wir lernen zu erkennen und zu unterscheiden, wann eine echte historische Verantwortung besteht, wann der Lauf der Dinge von unserem Handeln und Unterlassen tatsächlich mit beeinflusst wird. Dann müssen wir aber auch in der Lage sein, im entscheidenden Moment das richtige zu tun. [...] Dass wir selbst dabei Schaden nehmen können, sollten wir uns deutlich vor Augen halten. Wir sollten aber auch lernen, dass es Situationen gibt, in denen wir uns nicht mehr aussuchen können, was wir wie machen [...]« An dieser Analyse hat sich bis heute nichts geändert.

Das (Nicht-)Handeln der Polizei

Obwohl die Polizei in Rostock schon Tage vor dem Pogrom Wind von der Sache bekommen hatte, war das Sonnenblumenhaus am Wochenende ohne relevanten Polizeischutz.

Innensenator Dr. Magdanz trat am Abend des 21. August seinen Urlaub an, da er »keinerlei verdichtete Hinweise auf Auseinandersetzungen« gehabt habe. Auch der Leiter der Polizeidirektion Rostock, Jürgen Deckert, erstellte

aufgrund der besorgniserregenden Berichte nur schnell einen kurzen Einsatzbefehl und reiste dann ins Wochenende nach Bremen. Auch der Staatssekretär im Innenministerium, die Abteilungsleiter für Öffentliche Sicherheit und für Ausländerfragen, der Leiter des Landespolizeiamtes sowie der Chef der Polizeidirektion Rostock führen zu ihren Familien nach Westdeutschland.

Der Einsatzbefehl für die Polizei, den Deckert vorher noch schnell geschrieben hatte, fand auf einer Seite Papier Platz. Er enthielt weder einen Funkplan noch eine Abschnittseinteilung und war damit völlig unzureichend - deutlicher Beweis, wie unwichtig der kommende Einsatz genommen wurde. Die späteren Randaliererinnen wurden als »Bürger aus ausländerfeindlich eingestellten Kreisen« bezeichnet, welche die Absicht hätten, eine »Protestaktion« in Rostock-Lichtenhagen durchzuführen. Nur ein einziger Zug Bereitschaftspolizei wurde zur Verfügung gestellt.

Als am Samstag, wie angekündigt, aus einer Menge von ca. 2000 Personen mehrere hundert Jugendliche die ZASt mit Steinen und Brandflaschen bewarfen, wurden nur dreißig Polizist_in- nen zum Schutz des Gebäudes geschickt, die sofort angegriffen wurden. Erst jetzt wurden Wasserwerfer angefordert. Diese befanden sich aber in Schwerin und dort gab es zu diesem Zeitpunkt keine Fahrer_innen. Als sie schließlich gegen 2 Uhr morgens zum Einsatz kamen, waren sie nach kurzer Zeit leer. Am Sonntag versammelten sich bereits gegen Mittag wieder neue Gruppen vor der ZASt - immernoch war die Polizei hoffnungslos unterbesetzt.

Erst in der Nacht zum Montag kam der Leiter der Polizeidirektion Rostock Jürgen Deckert aus Bremen zurück, um selbst den Einsatz zu leiten. Offensichtlich machte dies die Lage aber nicht besser, sondern nur noch schlimmer. Auch die mittlerweile aus Hamburg eingetroffenen zwei Hundertschaften der Polizei und ein Zug des Bundesgrenzschutz (BGS) konnten daran nichts ändern. Jedoch wurden Erstere direkt vor der ZASt positioniert und konnten so vorerst ernstere Angriffe verhindern. Doch am Montagabend um 20 Uhr, als sich erneut Tausende in Volksfeststimmung versammelt hatten, gab Deckert den Befehl, die beiden Einsatzhundertschaften aus Hamburg abzuziehen. Ungläubig fragten die Zugführer mehrmals bei »Robbe 50«, der Funkzentrale der Polizei, nach, ob sie den Emsatzbefehl tatsächlich richtig verstanden hätten. Nach dem Abzug lag der Häuserblock der vietnamesischen Vertragsarbeiter- _innen völlig ungeschützt da und die Angriffe erreichten gegen 22 Uhr ihren Höhepunkt. Während die ersten Wohnungen angezündet wurden, herrschte bei der Polizeileitung weiterhin völlige Unfähigkeit: »Meiner Einschätzung nach bestimmte Passivität das dienstliche Geschehen« beschrieb ein Zugführer nachträglich die Atmosphäre. Ein Führungsstab sei nicht vorhanden gewesen, stattdessen habe man das Gefühl gehabt, Deckert würde eine »Ein-Mann-Show« in der »sicheren Etappe« abliefern. Nachdem telefonisch die Nachricht einging, dass bereits drei Wohnungen brennen würden, verließ Deckert das Büro und war auch nach zwanzig Minuten nicht zurück. Nachdem mehr und mehr alarmierende Anrufe eingingen und immer noch nichts geschah, ging ein Polizist schließlich den Einsatzleiter suchen und fand ihn einige Räume weiter mit dem Staatsanwalt im Gespräch über die Frage, ob man auf ein dubioses Angebot der Rassistinnen zu einem 45-minütigen »Waffenstillstand« eingehen solle. Erst nachdem ein Hamburger Hundertschaftführer darauf drängte, dass etwas getan werden müsse, erteilte Deckert schließlich den Auftrag, die Feuerwehr beim Löschen zu unterstützen.

Unfähig nur gegen Rechts

Während die rassistischen Randaliererinnen so tagelang ungestört agieren konnten, sollte es mit der linken Großdemonstration am nächsten Wochenende kein Pardon geben. Das Demonstrations-Bündnis, dem neben Autonomen auch Parteien und Gewerkschaften angehörten, wurde als »radikale und extremistische Gruppierung« bezeichnet. Die »Gewaltszene« aus der ganzen Bundesrepublik plane, sich in Rostock zu versammeln.

Was tagelang nicht möglich war, klappte nun wie am Schnürchen: Gefangenensammelstellen wurden vorbereitet, Raumschutz im gesamten Stadtgebiet bereitgestellt, Autobahnkontrollen eingerichtet. »Unter Berücksichtigung der Ereignisse der Vortage ist bei niedriger Einschreitschwelle offensiv, konsequent und unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten einzuschreiten. Störungsversuche sowie Störungen sind konsequent und unverzüglich zu beenden« hieß es in dem Einsatzbefehl. Als Polizeikräfte standen nun 14 Wasserwerfer, sechs SEK Gruppen, 12 Hubschrauber und 27 Einsatzhundertschaften zur Verfügung.

Der Feind stand für die Polizeiführung und das Innenministerium Mecklenburg -Vorpommerns weiterhin Links - der versuchte Mord an den Vietnames_innen und über 150 verletzte Polizistinnen hatte daran nichts geändert.

1|www.youtube.com/watch?v=2RSsTMIyXAg
2| Interim Nr. 206 / 1992, S. 10.
3| Ebd., S. 20.
4| Ebd., S. 3.
5| A.G. Grauwacke: Autonome in Bewegung, Berlin 2008, S. 298.
6| ZAG- Zeitung antirassistischer Gruppen Nr. 5
7| Interim Nr. 206 / 1992, S. 12.
8| Interim Nr. 207 / 1992, S. 6.
9| Interim Nr. 206 / 1992, S.15.
10| Ebd.
11| Bekener_innen- schreiben autonomer Antirassist_innen zur Verwüstung der Redaktionsräume der Zeitung »Norddeutsche Neueste Nachrichten« im August 1992:

»wir kommen heute in das redaktionsbüro der norddeutschen neuesten nachrichten, weil uns wegen der zynischen berichterstattung der letzten tage der kragen geplatzt ist. die seit tagen anhaltenden progrome [sic!] gegen flüchtlinge hier in rostock werden als natürliche reaktion auf das fehlverhalten der flüchtlinge dargestellt, die täter opfer beziehung völlig auf den kopf gestellt. so ist helmut schulzens kommentar der bürger - die asylbewerber - die Politiker von heute eine rechtfertigung der progrome die wir nicht hinnehmen. es gibt an dieser gewalt nichts zu rechtfertigen, und wer versucht, sie als bürgerinitiative oder demokratischen prozeß zu relativieren und legitimieren, verdient nichts als die bezeichnung SCHREIBTISCHTÄTER«

MANNHEIM-.. SCHÖNAU 1992

Nicht nur im Osten Deutschlands gab es zu Beginn der 1990er Jahre rassistische Gewalt. Neben heimlichen und von kleineren Gruppen verübten Taten waren auch offene, von größeren Menschenmengen getragene Angriffe wie in Hoyerswerda oder Rostock kein alleiniges Phänomen der neuen Bundesländer.

Die Schönau, ein Stadtteil von Mannheim, war zu Beginn der 1990er Jahre ein sozial benachteiligtes Arbeiterinnenviertel, das vom Strukturwandel der Industriestadt besonders betroffen war. Hohe Arbeitslosigkeit, geringe Bildung, soziale Probleme und eine von Migration geprägte Bevölkerung kennzeichneten damals den knapp 15.000 Menschen umfassenden Stadtteil.

Rassistische Diskurse

Als US-amerikanische Streitkräfte 1990 die Aufgabe ihrer Schönauer Kaserne bekannt gaben, erhofften sich viele im Viertel von der künftigen Nutzung eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Groß war dagegen die Enttäuschung, als das Land bekannt gab, dass eine Sammelunterkunft für über 200 Flüchtlinge eingerichtet würde. Im Folgenden vermischten sich auf der Schönau kommunale und quartiersbezogene Probleme mit dem damaligen bundespolitischen Diskurs um Asyl, was schließlich in ein versuchtes Pogrom mündete.

Bürgergewalt

In Mannheim-Schönau gingen nicht zugereiste Neonazis, sondern die »normale« Nachbarschaft gegen das Flüchtlingsheim vor. Abgesehen von dieser Besonderheit folgten die Ereignisse jedoch einem Muster, das typisch für den Ablauf von kollektiver Gewalt gegen Minderheiten ist: In einer ersten Phase artikulierte sich schriftlicher Protest gegenüber der Politik in Form von offenen Briefen und Unterschriftenlisten. Wichtige Personen und Institutionen der Schönau, etwa Schul- und Jugendhausleiter, Stadträte oder Elternbeiräte der Schulen, positionierten sich mit dem Verweis auf die sozialen Probleme des Viertels gegen das geplante Lager. Als dieses im Januar 1992 belegt wurde, verschob sich die Wahrnehmung rasch. Nicht mehr politische Entscheidungen, sondern die anwesenden Flüchtlinge galten als Problem. Sie standen zunehmend unter Beobachtung und Gerüchte über sie wurden intensiv im Viertel kommuniziert. In dieser zweiten Phase formierten sich breite Teile der lokalen

Bevölkerung als eine gegen die Flüchtlinge gerichtete Gemeinschaft von Benachteiligten. Die dritte Phase der offenen Gewalt wurde - wie in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen auch - durch ein Gerücht eingeleitet, das tief verankerte rassistische Vorurteile mit einer akuten Bedrohungssituation verknüpfte: Aufgepeitscht von der Nachricht einer angeblichen Vergewaltigung eines Schönauer Mädchens durch einen schwarzen Bewohner der Unterkunft, zogen ab dem 26. Mai 1992 mit Stöcken bewaffnete Jugendliche vor die Kaserne. Am 28. Mai 1992 wurde diese unzutreffende Anschuldigung zum bestimmenden Thema auf einem Vatertagsfest in der Nähe der Unterkunft. Im Anschluss daran zogen zahlreiche Besucherinnen vor die Kaserne, warfen Scheiben ein, skandierten rassistische Parolen und bedrohten Flüchtlinge.

Tagelange Angriffe

Vermutlich hat nur die rasch anrückende Polizei damals eine Erstürmung des Heims verhindert. Trotzdem blieb die Kaserne in den folgenden Tagen Aufmarschort aggressiver FlüchtlingsgegnerInnen, von denen sich bis zu 400 allabendlich einfanden, um rassistische Parolen zu rufen. Begleitet waren die bierseligen Aufläufe von Versuchen auf das Gelände vorzudringen, Bedrohungen und einem versuchten Brandanschlag mit Molotow-Cocktails.

Die Polizei schirmte das Gebäude zwar ab, ging aber insgesamt zurückhaltend vor. Trotz mitgeführter Bewaffnung und zahlreicher aus der Menge heraus begangener Straftaten, bei denen auch vereinzelt Beamte verletzt wurden, räumte sie nur vorsichtig den unmittelbaren Bereich vor der Kaserne. Ebenso nachsichtig zeigten sich Stadtverwaltung und Lokalpresse, die nur empörte und besorgte Bürgerinnen sowie alkoholisierte Krakeeler am Werk sahen. Von rassistischen Übergriffen war dagegen kaum die Rede.

Protest von AntifaschistInnen

Dies änderte sich mit dem Eintreffen von antifaschistischen Aktivistinnen, die sich mit den Flüchtlingen solidarisierten und den Ansammlungen entgegenstellten. Fortan galt die öffentliche Sicherheit und Ordnung als bedroht. Stadtverwaltung und Polizei reagierten mit Versammlungsverboten und die Presse warnte vor reisenden Chaoten. Der Versuch einer antirassistischen Demonstration endete schließlich am 6. Juni 1992 darin, dass die Polizei sie gewaltsam auflöste und zahlreiche Demonstrantinnen verletzte oder vorübergehend festnahm. In der Folge überlagerte eine Debatte um Polizeigewalt und Demonstrationsfreiheit die rassistischen Mobilisierungen auf der Schönau.

Unpolitische Ereignisse?

Die damaligen Ereignisse wurden im lokalen Kontext häufig zu unpolitischer Randale beziehungsweise spontanen Protesten gegen soziale Missstände erklärt. Dahinter steckte auch das Bestreben der Stadtverwaltung, die Stadt nicht mit rassistischer Gewalt in Verbindung zu bringen. Dass auf der Schönau keine organisierten Neonazis auftraten, kam dem entgegen. Der pogromartige Ablauf trat schließlich soweit in den Hintergrund, dass Mannheim-Schönau - anders als Hoyerswerda oder Rostock - weitgehend in Vergessenheit geriet. Dabei zeigte sich dort nicht nur wie sich Anfang der 1990er Jahre eine Pogromstimmung auch im Westen formieren konnte. Ein ebenfalls oft vergessener Aspekt ist die damalige Beteiligung der lokalen Bevölkerung an den Angriffen auf Unterkünfte von Migrantinnen.

geklaut aus: der rechte rand nr. 137

Antisexistische Praxen V

14.-16. September 2012

Mehringhof (Berlin-Kreuberg)

antisexistische-praxen.site36.net

Die Stadt, Das Eigentum und was wir daraus machen!

Veranstaltungsreihe rund um Hausbesetzungen

1. I. Elbe – Privateigentum **Zur Entstehung und Kritik des bürgerlichen Eigentumsbegriffs**	**04.09.2012** **19.00 Uhr**
2. N. Gestring – Gentrifizierung **Gentrification und städtische Konflikte**	**12.09.2012** **18.00 Uhr**
3. Floh (H) Rechtliches über Hausbesetzungen **Ein Aktivist über wissenswerte Rechtsgrundlagen bei Hausbesetzungen**	**02.10.2012** **19.00 Uhr**
4. L!Z Magdeburg & Haus Friedensbruch (OL) **Das libertäre Zentrum Magedburg und das Haus Friedensbruch stellen sich vor.**	**06.10.2012** **19.00 Uhr**
5. Wagenplatz Lüneburg & AZ Köln **Ein Wagenplatz in Lüneburg und das AZ Köln stellen sich vor.**	**Termin wird nachgereicht**

friedensbruch

"Haus Friedensbruch"
Theaterwall 24a
26122 Oldenburg
instandbesetzer(at)gmx.de
hausfriedensbruch.wordpress.com

Look back in Anger?

30 Jahre ALSO – Ein Blick zurück nach vorn

Samstag, 8. September 2012 im Alhambra

11:00 Uhr: Stationen der Ausgrenzung und Selbstorganisierung – Ein Rückblick auf 30 Jahre Erwerbslosenpolitik
12:30 Uhr: Gemeinsames Mittagessen
14:00 Uhr: Der Stand der Dinge – Workshops zu den Themen: „Zahltag", „Sozialberatung", „Soziale Zentren", „Erwerbslosigkeit", „Bündnisse und Aktionen"
15:30 Uhr: Der Lauf der Dinge – Austausch der Workshop-Ergebnisse
16:30 Uhr: Ain't got no cristal ball – Wie soll es weitergehen mit der Erwerbslosenpolitik?
18:00 Uhr: Gemeinsames Abendessen
20:00 Uhr: Die Verhältnisse zum Tanzen bringen – Uns auch. Party mit Kleinkunst und Musik

Sonntag, 9. September 2012 im ALSO-Zentrum

11:00 Uhr: Gemeinsames Frühstück im Arbeitslosenzentrum

September

Sa.	1.9.	22:00	LesBiSchwule Mottoparty
Di.	4.9.	21:00	Crush Hour Concerts: Death Metal: Sadistic Intent (USA) + Graveyard Ghoul (OL)
Fr.	7.9.	22:00	Mash up di place
Sa.	8.9.	20:00	30 Jahre ALSO – Party
Mo.	10.9.	19:00	Infoveranstaltung: Vorstellung des Projektes ‚C.A.C.I.T.A.' und Filmvorführung: 1. Teil von ‚Die Kraft der Schmetterlinge'
Di.	11.9.	19:00	Filmvorführung: 2. Teil ‚Die Kraft der Schmetterlinge'
Fr.	14.9.	21:00	Konzert: Björn Peng + Das Flug
Sa.	15.9.	22:00	MÄNNERfabrik
Fr.	28.9.	22:00	Zombie Attack
Sa.	29.9.	23:00	Rosa Disco

Oktober

Fr.	5.10.	22:00	Fat Hoschi
Sa.	6.10.	22:00	Homophilias – Party für Lesben und Schwule
Fr.	12.10.	23:00	Ein pschychedelisch Maskenball – Einlass nur in Verkleidung
Sa.	13.10.	22:00	Mash up di place
Fr.	19.10.	21:00	Fat Hoschi: Konzert (Hardcore-Punk)
Sa.	20.10.	22:00	MÄNNERfabrik
Sa.	27.10.	23:00	Rosa Disco

Wöchentlich

Mo.	20:30	Antifa-Cafe
Di.	20:00	Subklub
Mi.	20:00	Theatergruppe
Do.	17:30	Action Samba Band, RoR
Do.	20:00	Vokü, danach Kneipe
Do.	21:00	Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich

1. Mi.	20:00	FrauenLesbenTransKneipe
3. Mi.	21:00	Punkkneipe
2. Fr.	20:30	NutzerInnenplenum

Infoladen roter strumpf

Mo.	17 - 19 Uhr
Di.	16 - 19 Uhr
Do.	18 - 21 Uhr
Fr.	16 - 19 Uhr